

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/030(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 17.01.2017	Beimszimmer	16:30Uhr	17:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.12.2016
- 4 Schulung von Migranten
- 5 Vorbereitung Bildungskonferenz
- 6 Stand Umsetzung Neubau von Schulen
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines
Interessenbekundungsverfahrens Beach-Arena Barleber See
BE: FB 40

DS0470/16

7.2	Optimierung von Schulbezirken BE: FB 40	DS0392/16
7.2.1	Optimierung von Schulbezirken	DS0392/16/2
7.2.2	Optimierung von Schulbezirken	DS0392/16/4
8	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Bernd Heynemann

Mitglieder des Gremiums

Gunter Schindehütte

Christian Hausmann

Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Oliver A. Wendenkampf

Jürgen Canehl

Sachkundige Einwohner/innen

Anke Jäger

Dr. Joachim Köhler

Geschäftsführung

Diana Knobbe

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Heynemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, den Vorsitzenden des Stadtrates, die Verwaltung, die sachkundigen Einwohner, den Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen sowie den Stadtelternrat.

Der Ausschuss ist mit 7 Stadträten, später mit 4 Stadträten beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Stadträte Hausmann und Canehl bitten, TOP 7.2 nach TOP 3 zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder stimmen der so geänderten Tagesordnung mit **7:0:0 Stimmen** zu.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.12.2016

Stadtrat Canehl bittet um Änderung. Auf Seite 4, vorletzter Absatz, werden Satz 1-4 ersetzt durch:

Stadtrat Canehl informiert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **nach wie vor** für eine Aufhebung der Schuleinzugsbereiche plädiert. **Voraussetzung ist, dass das bisher allein rechtlich zulässige Losverfahren durch andere Möglichkeiten ersetzt wird, wenn die zunächst gewählte Schule überfüllt ist. Stadtrat Canehl sieht Möglichkeiten, das Schulgesetz des Landes dementsprechend zu überarbeiten. In der Koalitionsregierung ist vorgesehen, alle Änderungswünsche zum Schulgesetz ab September 2017 zu beraten. Das Thema sollte auch auf der Bildungskonferenz im Mai 2017 stehen. Aktuell könnte das Modell des Amtes für Statistik für das Schuljahr 2018/2019 akzeptiert werden.**

Die geänderte Niederschrift wird mit **6:0:1 Stimmen** bestätigt.

4. Beschulung von Migrantinnen

Frau Andrae, Teamleiterin im Fachbereich Schule und Sport, gibt bekannt, dass die aktuelle Statistik des Landesschulamtes der geförderten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mit Stand vom 16.12.2016 vorliegt und dem Protokoll beigefügt wird.

Stadtrat Canehl fragt, ob noch immer das Land die Zuweisungen der Schüler vornimmt. **Herr Krüger**, Leiter des Fachbereiches Schule und Sport, bejaht das, wobei man sich bemüht, die 25 % als Obergrenze einzuhalten.

Stadtrat Schumann erkundigt sich bei der Verwaltung, ob hier ein wachsender Zugang aus der EU (insbesondere aus Rumänien) auffällig ist, die z.T. Analphabeten sind und erfragt die Anzahl. **Frau Andrae** bejaht den vermehrten Zuzug, kann aber keine Anzahl nennen.

Stadtrat Schindehütte weist darauf hin, dass Magdeburg die schlechteste Lehrerversorgung im Land hat.

Auf die Nachfrage des **Stadtrates Canehl**, woher diese Feststellung stammt, erklärt er, dass dies der Antwort auf eine kleine Anfrage DER LINKEN im Landtag zu entnehmen ist.

Stadtrat Schumann nimmt das Thema mit in den Bildungsausschuss des Landes.

5. Vorbereitung Bildungskonferenz

Herr Sengstock, Fachdienstleiter im Fachbereich Schule und Sport, berichtet, dass die Eckdaten der Bildungskonferenz feststehen:

20. Mai 2017, 10 bis 16 Uhr im Rathaus, Moderation Leiter der Volkshochschule, 4-5 Redebeiträge mit anschließender Podiumsdiskussion.

Die Beantwortung der Übernahme der Schirmherrschaft durch das MB steht noch aus.

Herr Prof. Dr. Puhle, Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport, ergänzt, dass am 18.1.2017 eine weitere Gesprächsrunde der Arbeitsgruppe stattfindet, bei der die Frage der Referenten und Themen abgestimmt werden.

Stadtrat Mewes gibt den Hinweis, dass eine Vorabinformation an die Teilnehmer sinnvoll ist, um sich den Termin vormerken zu können.

Stadtrat Hausmann legt dem Stadtelternrat nahe, den gewählten Zeitpunkt der Podiumsdiskussion am 2.2.2017 zu überdenken, weil es zielführender ist, sich nach der Bildungskonferenz über die Ergebnisse zu verständigen.

Stadtrat Mewes teilt diese Ansicht und weist gleichzeitig darauf hin, dass der Stadtelternrat in seinem Handeln autonom ist. Voraussichtlich werden auf Grund des Zeitpunktes nicht viele Stadträte teilnehmen.

Herr Hubold, Vorsitzender des Stadtelternrates, erklärt, dass der Termin auf Bitte der Politik schon zweimal verschoben wurde. Die Elternschaft hat aber Fragen und das Schuljahr beginnt bereits kurz nach der Bildungskonferenz. Es liegen bereits 50 Anmeldungen vor, auch von Politikern, so dass eine Verschiebung nicht mehr möglich ist. Er findet, dass die Podiumsdiskussion ein viel spezielleres Thema hat und eventuell Anregungen für die Bildungskonferenz geben kann.

Herr Schindehütte bittet den Stadtelternrat, das Protokoll der Podiumsdiskussion den Stadträten zur Kenntnis zu geben.

Herr Prof. Puhle weist darauf hin, dass seit Monaten die Bildungskonferenz vorbereitet wird und noch Beschlüsse ausstehen, z.B. zu Schulneubauten. Aus Sicht der Verwaltung besteht für das Schuljahr 2017/18 kein Handlungsbedarf, so dass die Verwaltung an der Podiumsdiskussion nicht teilnehmen wird. Es spricht nichts gegen einen Austausch mit dem Stadtelternrat im Herbst 2017.

Herr Hubold merkt an, dass die vorgesehene Veranstaltung am 2.2.2017 eine Informationsveranstaltung für Schulelternräte sein wird.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung um eine Aussage zum Standstand für die Schulen GS Westring, GS Am Brückfeld und die Schule am Fermersleber Weg, Schule für Körperbehinderte.

Herr Krüger berichtet, dass von der Investitionsbank noch immer keine Bescheide vorliegen, so dass keine neue Information gegeben werden kann. Für die GS „Ottersleben“ wird derzeit eine Beschlussvorlage vorbereitet und dem Stadtrat vorgelegt.

Stadtrat Mewes erkundigt sich nach der Ursache.

Herr Krüger erklärt, dass in Bezug auf die Förderschule für Körperbehinderte noch Gesprächsbedarf besteht.

Stadtrat Mewes bitte Herrn Schumann, im Landtag zu thematisieren, warum das so schleppend voran geht.

Herr Krüger ergänzt, dass die EW-Bau vorliegt und der Antrag abgegeben ist, aber bisher kein Fördermittelbescheid vorliegt.

Stadtrat Canehl erklärt, dass dies unbefriedigend ist. Die Sachlage zur GS „Ottersleben“ sollte durch die Verwaltung mit dem Land geklärt werden und zu den Grundschulen Westring und Brückfeld bittet er um Information, wann die EW-Bau vorgelegt wird, wer der Architekt sein wird und welche Ergebnisse der Prüfauftrag u.a. zur Flächenerweiterung der Klassenräume hat. Deshalb schlägt er vor, das baugleiche Gebäude der GS „Am Umfassungsweg“ zur Unterrichtszeit anzuschauen. Der Schulleiter hat dies den Stadträten angeboten.

Der Vorsitzende schlägt vor, in der nächsten Sitzung einen Termin zur Vorortprüfung zu vereinbaren und bittet Herrn Schumann, über das Antwortschreiben des Ministeriums für Bildung zu Kapazitätsproblemen an der Grundschule Magdeburg-Ottersleben vom 21.12.2016 zu informieren.

Herr Schumann verteilt das Antwortschreiben an die Mitglieder des Ausschusses. Nach Aussage des Landes ist ein Neubau als zweite Schule nicht möglich, nur ein Anbau.

Herr Krüger ist überrascht über die etwas abweichende Aussage. Er sieht nach wie vor den Grund darin, dass es nicht zwei Grundschulen in einem Schulbezirk geben kann. Somit muss im nächsten Schritt der Beschluss des Stadtrates aufgehoben werden, zumal ein Anbau sehr groß sein müsste und dafür kein Standort vorhanden ist.

Stadtrat Schindehütte stellt fest, dass das Land die Sachlage etwas anders begründet. Zwei Schulen mit einem Schulbezirk sind nicht möglich, aber ein zweiter Standort ist grundsätzlich möglich.

Stadtrat Canehl fragt, wie es jetzt weiter gehen kann.

Herr Krüger betont, dass eine neue Schule einen Schulbezirk braucht und in diesem Sinne dem Stadtrat eine Drucksache vorgelegt wird.

Stadtrat Hausmann fasst zusammen, dass Herr Schumann eine deutliche Anfrage an das Land gestellt hat, was genehmigungsfähig ist und jetzt die Voraussetzungen zu schaffen sind. Auf die Frage von **Stadtrat Kräuter**, warum das so ist, erklärt **Herr Krüger** die Sachlage.

Herr Sengstock ergänzt, dass der Auftrag der Verwaltung ist, einen neuen Schulbezirk zu definieren, der jährlich für 5 Jahre 40 Einschüler nachweist, ohne benachbarte Schulbezirke in Gefahr zu bringen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden**, wann die entsprechende Vorlage im Stadtrat ist, gibt

Herr Krüger März 2017 an.

Herr Schindehütte merkt an, dass diese Argumentation seit 12 Jahren besteht, aber die tatsächlichen Zahlen etwas anderes aussagen. Es ziehen weitere Familien in dieses Gebiet.

Stadtrat Canehl will für März auch die Beauftragung eines Architekten und der EW-Bau.

Herr Krüger erklärt, dass der Prüfauftrag das Projekt in Frage stellt. Erst wenn dieser erledigt ist und klar ist, was gewollt ist, kann ein Auftrag erteilt werden.

7. Beschlussvorlagen

- 7.1. Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines
Interessenbekundungsverfahrens Beach-Arena Barleber See
Vorlage: DS0470/16
-

Frau Richter, Fachdienstleiterin im Fachbereich Schule und Sport, bringt die Drucksache ein. Eine Namensgebung ist ein legitimes Mittel zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit einer Anlage. Um erfolgreich zu sein, braucht es einen starken Partner. Dies ist hier gegeben durch den Volleybandverband. Deshalb unterstützt die Verwaltung das Ansinnen. Das Ergebnis des Verfahrens der Interessenbekundung wird dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Die Drucksache wird mit **4:0:0 Stimmen** dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

- 7.2. Optimierung von Schulbezirken
Vorlage: DS0392/16
-

- 7.2.1. Optimierung von Schulbezirken
Vorlage: DS0392/16/2
-

- 7.2.2. Optimierung von Schulbezirken
Vorlage: DS0392/16/4
-

Der Vorsitzende stellt fest, dass Beschlusspunkt 1 der Drucksache erledigt ist und nun zu Punkt 2 ein Beschluss zu fassen ist und schlägt vor, dass die einzelnen Fraktionen dazu ihr Statement abgeben.

Stadtrat Canehl sagt, dass seine Fraktion eine andere Regelung will, die jedoch einer Schulgesetzänderung bedarf, so dass sie dem Modell *für das Schuljahr 2018/19* zustimmen werden.

Stadtrat Mewes teilt diese Meinung und bittet, die Ergebnisse dann in der nächsten Festlegung von Schulbezirken zu berücksichtigen.

Stadtrat Hausmann berichtet, dass die Fraktion die Vorteile betrachtet hat und es als ausreichend ansieht, wenn die Jahresscheiben dem BSS vorgelegt werden. Deshalb favorisieren sie das Modell *ab dem Schuljahr 2018/19*.

Stadtrat Schindehütte votiert für *für das Schuljahr 2018/19* und der **Stadtelternrat** für *ab dem Schuljahr 2018/19*.

Der Vorsitzende stellt die zwei Änderungsanträge zur Diskussion und fragt die Verwaltung, ob es zum vierten Änderungsantrag (Buslinie Beyendorf-Westerhüsen) Prüfergebnisse gibt.

Herr Sengstock berichtet, dass die Antworten noch ausstehen.

Stadtrat Schindehütte hat dazu Gespräche mit der MVB geführt, die derzeit aus wirtschaftlichen Gründen keine Möglichkeit sieht. Des Weiteren hat sich das bestehende System bewährt. Wird die GS „Westerhüsen“ saniert, wären zusätzliche Schüler nicht sinnvoll.

Herr Prof. Dr. Tiedge, Mitglied des Ortschaftsrates Beyendorf-Sohlen, bedankt sich für die Kontaktaufnahme. Mit der Eingemeindung ist eine gute Verkehrsanbindung geschaffen worden, mit der alle Schulformen erreichbar sind. Der Schülerverkehr funktioniert. Die Schaffung einer Verbindung nach Westerhüsen ist nicht sinnvoll, wenn die Auswirkungen noch unklar sind.

Frau Jäger, sachkundige Einwohnerin, fragt, ob das im Optimierungsverfahren berücksichtigt werden kann.

Herr Krüger bestätigt, dass bestimmte Schulwege manuell gesperrt werden können. Der Schulweg nach Westerhüsen ist kein zumutbarer Schulweg und wird somit gesperrt.

Der Vorsitzende betont, dass die beschlossenen 22 Schüler pro Klasse als Orientierungsgröße gemeint waren.

Herr Hubold merkt an, dass eine Verkehrsanbindung nach Westerhüsen schon einmal existierte. Er wohnt selbst in Westerhüsen, man muss 3 km bis zur Haltestelle zu Fuß gehen, deshalb findet er die Buslinie nach Westerhüsen sinnvoll, zumal das Wohngebiet wächst.

Stadträte Hausmann, Kräuter und Schindehütte empfehlen, den Antrag abzulehnen, weil es keinen Bezug zur Drucksache gibt.

Herr Prof. Dr. Tiedge betont, dass er nicht befugt ist, den Antrag zurückzuziehen. Die Konzessionen laufen 2017 aus, neue Festlegungen sind noch nicht getroffen.

Der Änderungsantrag DS0392/16/4 wird mit **1:5:1 Stimmen** nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Änderungsantrag DS0392/16/2 wird mit **5:2:0 Stimmen** zur Beschlussfassung empfohlen.

Beschlusspunkt 2 der Drucksache DS0392/16 wird in geänderter Form mit **5:0:2 Stimmen** zur Beschlussfassung empfohlen.

8. Verschiedenes

Der Vorsitzende bringt den Antrag A0003/17 „Widerspruch gegen den Stadtratsbeschluss Optimierung von Schulbezirken“ ein und verweist auf das dem Antrag beigefügte Schreiben des OB vom 30.11.2016 an den Stadtrat, wonach es eine Vereinbarung mit dem Hortträger zur Nutzung eines Hortraumes gibt und damit die Klassenbildung gesichert ist.

Prof. Dr. Puhle ergänzt, dass sich die Schulleiterin wegen der Nachteile, die eine Beschulung in einem Container mit sich bringt, gegen eine Container-Lösung ausgesprochen hat. Da eine Lösung gefunden wurde, ist man gut beraten, den Beschluss zurückzunehmen.

Der Antrag wurde mit **4:0:0 Stimmen** zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.